IGS-Außenstelle und Stiftung für Kindergärten?

Podiumsdiskussion zu Hort- und Kigaplätzen / Nur ein Kandidat für Erhalt der Krainhäger Schule

Das "Zauberwort" vieler Politiker, das viele Probleme der Zukunft lösen soll ist immer wieder "Bildung". Unter den Betroffenen herrscht hierzulande jedoch eine ausgesprochen bunte Meinungsvielfalt. Den Stadtelternrat der Obernkirchener Kindergärten bewegen zunächst mehr Fragen lokaler Natur. Es ging deshalb bei der Podiumsdiskussion mit den Bürgermeisterkandidaten im Rathaus weniger um das derzeitige mehrstufige Schulsystem und das (nach Pisa vorhandene) Nord-Süd-Gefälle, sondern vornehmlich um Kindergarten- und Hortplätze, um die angestrebte Ganztagsschule, um Integrationsfragen und den Fortbestand der Krainhäger Schule.

Obernkichen. Bei der Diskussion über die Kindergärten ist schnell eine einheitliche Linie zu erkennen gewesen. Die Qualität der frühkindlichen Erziehung in der Bergstadt wurde einheitlich gelobt. In diese Anerkennung wurden der evangelische Spielkreis und die "Rasselbande" mit einbezogen. Martin Schulze-Elvert (CDU) wünscht sich sogar noch mehr freie Träger, weil diese kostengünstiger arbeiteten. Vom kommenden Jahr an beendet der Landkreis die Bezuschussung der "Rasselbande". Damit kommt eine zusätzliche finanzielle Last auf die Bergstadt zu. 1,3 Millionen Euro für Kindergärten

Rund 1,3 Millionen Euro muss Obernkirchen zurzeit für seine Kindergärten aufbringen. Das entspricht derzeit den gesamten Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Die Eltern sind zu 20 Prozent an den Ausgaben beteiligt. Jede Kiga-Stunde kostet der Stadt 44 Euro.

Allgemein begrüßt wurde der Vorschlag, dass es künftig Zusammenkünfte zwischen den Vertretern der verschiedenen Kindertagesstätten geben soll. In diesen sollen gemeinsame Anliegen besprochen werden. "Hier geht es nicht um Konkurrenz, sondern darum, sich gegenseitig zu ergänzen", so der Tenor.

Thomas Stübke (Bündnis 90/Die Grünen) gab bei der Behandlung der Öffnungszeiten zu bedenken, dass mit dem bevorstehenden Wegfall der Ladenschlusszeiten zusätzliche bedarfsgerechte Betreuungszeiten sowohl im Kindergarten als auch in der Schule notwendig werden.

Integrationsbemühungen gelobt

Die derzeitigen Integrationsbemühungen um ausländische und behinderte Kinder wurden von den Bürgermeisterkandidaten als positiv bewertet. Die Stadt hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch die Sprachförderung unterstützt. Die Frage nach gestaffelten Beiträgen für Geschwister wurde nicht grundsätzlich ablehnend beschieden, aber auch dabei dürfe die unterschiedliche finanzielle Situation von Familien nicht außer Acht gelassen werden.

Den Vorwurf, dass die Haushaltssperre den Kindergärten und Schulen geschadet habe, wies Stadtkämmerer Wolfgang Seele weit von sich. Es sei alles unbedingt Notwendige geschehen. Außerdem verfügen die Einrichtungen über eigene Budgets und können die Mittel nach eigenen Prioritäten einsetzen.

Das Kandidaten-Sextett war sich einig in der Forderung nach einer zuverlässigen Bedarfsanalyse, die noch in diesem Jahr vorliegen müsse. Diese ermögliche das Aufdecken von Schwachstellen und von Entwicklungen, die zum Handeln zwingen. Ein Beispiel dafür sei die nachlassende Kinderzahl. Die Elternschaft plädiert nicht für das Auflösen von Gruppen, sondern für eine Verringerung auf maximal 20 Kinder.

Auch das Thema der Betreuung von Kindern, die jünger als drei Jahre sind, wurde angeschnitten. Ein solches Angebot soll den Müttern schon möglichst früh den Wiedereinstieg ins Berufsleben ermöglichen, was in vielen Fällen aus wirtschaftlichen Gründen auch notwendig ist. In diesem Jahr sind 18 Jungen und Mädchen vormittags weniger in den Kindergärten aufzunehmen. Diese freien Stellen sollen als Hortplätze Verwendung finden. Bernd Kirsch (WIR) plädiert dafür, für die Kindertagesstätten mit Hilfe heimischer Firmen eine Stiftung einzurichten. Für Ganztagsschule am Kammweg

Bei der Frage, ob die Schule in Krainhagen erhalten werden soll, musste sich Oliver Schäfer (SPD) sehr allein gelassen vorkommen. Da es Defizite bei der baulichen Unterhaltung gibt und in der Grundschule am Kammweg Räume frei sind, gab es kaum Fürsprecher für einen Fortbestand der Außenstelle. Er plädierte im Übrigen, wie auch die anderen Bewerber, für eine Ganztagsschule am Kammweg, aber nur mit einem zusätzlichen pädagogischen Angebot. Bernd Kirsch sieht sogar die Errichtung einer IGS-Außenstelle in der Bergstadt als sinnvoll an. Astrid Semler griff unter anderem die Forderung nach einem Kinderarzt für Obernkirchen auf. Da bestehe angesichts der Dichte der Arztpraxen im Landkreis keine Chance. Es sei denn, einer der vorhandenen Kinderärzte verlege Wohnsitz und Praxis in die Bergstadt.

Keine Probleme mit der Moderation der Veranstaltung hatte die Elternvertreterin Ursula Janutta. Anja Hilgers war als Vorsitzende des Stadtelternrates für die Organisation zuständig, sig